



Uwe Barth

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender der FDP Thüringen

Uwe Barth, MdB • Deutscher Bundestag • 11011 Berlin

Herrn

Bodo Ramelow, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Deutscher Bundestag

Unter den Linden 50

10117 Berlin

Tel.: (030) 227 – 77 707

Fax: (030) 227 – 76 755

E-Mail: uwe.barth@bundestag.de

Wahlkreisbüro Jena

Bachstraße 24

07743 Jena

Tel.: (03641) 42 09 73 /4

Fax: (03641) 42 05 31

Wahlkreisbüro Gera

Rudolf-Diener-Straße 18

07545 Gera

Tel.: (0365) 548 13 10

Fax: (0365) 548 13 11

Mobil: (0157) 74 97 32 71

E-Mail: uwe.barth@wk.bundestag.de

Internet

www.uwe-barth-thueringen.de

Berlin, den 1. März 2009

Sehr geehrter Herr Kollege,

„Die DDR war kein Unrechtsstaat“, so die Überschrift eines Interviews mit Ihnen, welches in der „Südthüringer Zeitung“ vom 26.02. veröffentlicht ist. Da es von Ihnen kein mir bekanntes Dementi oder einen Widerspruch zu den Äußerungen gibt, muss ich wohl davon ausgehen, dass Sie korrekt zitiert werden.

Ihre pseudojuristisch verquasteten Rechtfertigungs- und Beschönigungsversuche könnte man für lächerlich halten, würden sie nicht in krassem Widerspruch zu dem von vielen Menschen in der DDR Erlebten und Erlittenen stehen und müsste man nicht befürchten, dass Menschen Ihres Schlages ernsthaft den Versuch unternehmen, in Thüringen und in Deutschland an die Macht zu kommen.

Hätte es noch eines einzigen Beweises bedurft, wes' Geistes Kind Sie und viele Ihrer Genossen sind (vielleicht nicht alle, aber denen muss es erst recht bewusst gemacht werden), mit diesem Interview ist er erbracht. Ganz ernsthaft: vielen Dank dafür, viel besser hätte das keiner ihrer Mitbewerber bloßstellen können!

Die DDR war kein Unrechtsstaat, weil es schwer fassbar ist, was dieser Begriff aussagen soll? Sie, Herr Ramelow, haben keine Ahnung. Das kann ich Ihnen nicht vorwerfen, dafür können Sie nichts. Aber anstatt darüber froh zu sein, maßen Sie sich auch noch ein Urteil an.

Fragen Sie doch mal diejenigen, die kein Abitur machen durften, weil ihre Eltern Akademiker waren. Oder weil sie nicht an der Jugendweihe teilnehmen wollten, sondern an der Konfirmation. Fragen Sie diejenigen, die im Rahmen der Aktion „Ungeziefer“ umgesiedelt wurden, diejenigen, die nicht studieren durften, weil sie als Pazifisten den Wehrdienst verweigerten. Fragen Sie all die, die unschuldig

in den Fängen der Staatssicherheit landeten und zu Gefängnis oder Schlimmerem verurteilt wurden. Fragen Sie die, die drei Jahre zur NVA gehen mussten (freiwillig natürlich), weil der Studienplatz davon abhing. Fragen Sie die kleinen und mittelständischen Unternehmer, die ihrer Unternehmen beraubt wurden – Enteignung nennt man das heute. Fragen Sie die, die ausreisen wollten und ihren Arbeitsplatz verloren und sich Willkür und Repression ausgesetzt sahen. Fragen Sie auch deren Angehörige, die mit der Entscheidung gar nichts zu tun hatten. Und fragen Sie die Angehörigen all der Opfer an der Grenze die nichts weiter wollten als das, was für Sie, Herr Ramelow, zu dieser Zeit völlig selbstverständlich war – nämlich freie Menschen zu sein.

All diese Menschen werden für Ihre Definition des Unrechtsstaates sicher großes Verständnis haben.

All die Borniertheiten, Dummheiten und all die Ignoranz und Arroganz aus Ihren Äußerungen im Einzelnen herauszuarbeiten würde den Rahmen eines solchen Schreibens sprengen. Die Leugnung des Schießbefehls an der innerdeutschen Grenze mag Ihnen bei unbelehrbaren ehemaligen Offizieren der Grenztruppen Beifall einbringen, jeder normale Grenzsoldat von damals weiß das aus jeder Vergatterung besser (das hatte nämlich den Status eines Befehls). Und ob das eine „zwingende Todesandrohung im strafrechtlichen Sinne“ war – für die Opfer stellt sich die Frage nicht mehr, hat sie sich für die Täter gestellt? Damit meine ich gar nicht nur und vor allem die Schützen – viele tragen wahrscheinlich bis heute an der Last, ein Menschenleben auf dem Gewissen zu haben. Ich meine diejenigen, die die Anordnung zu diesem Grenzregime trafen und für die Ausstattung sorgten bis hin zu Selbstschussanlagen, denen man allerdings wirklich keinen Schießbefehl erteilen musste.

Sie äußern sich ebenfalls zu den Blockparteien. Auch ich war Mitglied einer Blockpartei, nämlich der LDPD, und zwar aus dem einzigen Grund: um nicht Mitglied der SED werden zu müssen. Man kann mich deshalb als Opportunisten bezeichnen, ja das war ich wohl. Ich wollte mein Leben leben, bis in den Herbst 1989 hatte es den Anschein, als müsste ich dies in der DDR tun. Das galt im November 1989 für etwa 17 Millionen Bürger dieses Landes ebenso. Wir haben gelebt, gelernt, gearbeitet und wir wollten mehr vom Leben als das, was uns erlaubt war. Wir wollten Freiheit, auch wenn wir uns das anders, leichter vorgestellt haben. Es ist bedauerlich, dass Fehler im Umgang mit den Menschen aus der DDR, die in den Jahren nach 1989 zweifellos gemacht wurden dazu führen, dass Sie Ihre unerträglichen Thesen heute in der Erwartung vortragen können, Applaus dafür zu erhalten. Die DDR war eine Diktatur, sie hat ihre Menschen eingesperrt, das Leben ihrer Einwohner diktiert und überwacht, Andersdenkende schikaniert oder ins Zuchthaus gesperrt, manchmal sogar ermordet. Daran gab keine wie auch immer geartete Kollektivschuld, also braucht uns auch niemand davon frei zu sprechen.

Sie, Herr Ramelow haben das Leben in der DDR nicht zu bewerten, Sie sind keine juristische und erst recht keine moralische Instanz, die über DDR-Lebensläufe zu befinden hat. Seien Sie froh und dankbar darüber, dass Sie dieses System nicht erleben mussten.

Dass die DDR ein Unrechtsstaat war, daran besteht kein Zweifel. Das bedeutet nicht, dass die Menschen in der DDR Unrecht taten, im Gegenteil, ihnen wurde Unrecht angetan, deshalb ist diese Einschätzung richtig, egal, wie Sie sich verbal verbiegen, um dies nicht eingestehen zu müssen.

„Lass uns dir zum Guten dienen, Deutschland einig Vaterland.“ Diese Zeile stammt aus dem Text der DDR-Nationalhymne, die seit Anfang der 70er Jahre nicht mehr gesungen werden durfte. Jeder verantwortliche Politiker sollte sich dies zur Maxime machen.

Ich glaube nicht, dass Sie und Ihre Partei dies zum Ziel haben.

Uwe Barth

P. S. Ich empfehle Ihnen die Lektüre des Kalendariums der Stiftung Aufarbeitung. Sie müssten diesen als Abgeordneter im Deutschen Bundestag zu Beginn des Jahres erhalten haben. Die Lektüre des Kalenders hätte Ihnen sicherlich in Vorbereitung auf das Interview in der Südthüringer Zeitung geholfen, die Umstände in der DDR besser einzuordnen. Detailliert werden wichtige Daten der DDR aufgelistet. Sie können den Kalender unter <https://stiftung-aufarbeitung.de/kalendarium/> abrufen, ich werde mich von meiner Seite aus bemühen, Ihnen einen solchen Kalender zukommen zu lassen.